

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine zum Haushalt 2008 am 11. 03. 2008

-es gilt das gesprochene Wort -

"Es liegt im Misstrauen eine gefährliche Kraft. Es verleitet einen zu glauben, dass man allein bedenken, allein beurteilen, allein entscheiden könne. Es verleitet einen zu glauben, dass man allein sei. Es zwingt die anderen, die einem zugehören, sich zu demütigen und sich zu stellen, als hätten sie gesündigt. Es hebt die Grenzen zwischen dem wirklich Geschehenen und dem Möglichen auf und macht die Verdächtigen auf alle Fälle schuldig." Elias Canetti

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates,
sehr geehrte Damen und Herren,**

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben durch verantwortungsvolle und intensive Arbeit die Fakten und Daten zusammengetragen, gewichtet und bearbeitet, die unter Berücksichtigung der vom Gesetzgeber, dem Verwaltungsvorstand und der Kommunalpolitik entwickelten Richtlinien, Standards und Zielsetzungen zum Haushaltsentwurf 2008 geführt haben. Der Entwurf wurde durch Sie Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder im Dezember 2007 eingebracht. Für diese Arbeitsleistung und das darin enthaltene Engagement bedanken wir uns bei allen Mitwirkenden ausdrücklich.

Die SPD-Fraktion wird nicht von einem grundlegenden Misstrauen gegenüber der Verwaltung und den anderen Akteuren motiviert, wenn sie in den folgenden Anmerkungen ergänzende Aspekte vorträgt oder zu anderen Schlussfolgerungen als die bereits vorliegenden kommt. Wir sind uns bewusst, dass wir nicht allein bedenken und beurteilen können und wollen mit unseren Gedanken und Wertungen zum Haushalt 2008 einen konstruktiven Beitrag zur Meinungsbildung und zur Gestaltung des Lebens in der Stadt Rheine leisten.

Bevor ich für die SPD-Fraktion auf einige Haushaltsansätze eingehe, sind beispielhafte Anmerkungen zur Ausgangslage erforderlich. Der positive Konjunkturverlauf des Jahres 2007 bewirkte, dass die Finanzsituation des Landes und der Stadt Rheine besser ist, als noch in den Jahren 2005 oder 2006 angenommen werden musste. Die Weitergabe der den Städten rechtlich zustehenden Steueranteile durch das Land verbessert die finanzielle Ausgangssituation auch der Stadt Rheine. Es gibt jedoch auch bemerkenswerte Beschlüsse und Programme der Landesregierung und der Landtagsmehrheit zum Nachteil der Kommunen. Beispielhaft führe ich auf:

Durch das Kinderbildungsgesetz NRW werden den Eltern Wahlmöglichkeiten in den Betreuungszeiten angeboten und Kinder sollen in der Förderung ihrer Begabungen und Fähigkeiten besser unterstützt werden. Diese grundsätzlich positive Zielsetzung bewirkt in der Praxis jedoch finanzielle und personelle Erschwernisse. Auf die Stadtkasse kommen mit hoher Wahrscheinlichkeit zusätzliche Ausgaben zu. Genaue Zahlen liegen leider noch nicht vor. Die Umsetzung der im KIBIZ geregelten Betreuungszeiten, Personalberechnungen zur Betreuung der Kinder, Gebührenberechnungen usw. binden Ressourcen bei den Trägern der entsprechenden Einrichtungen und natürlich auch innerhalb der Verwaltung der Stadt Rheine, die für andere Aufgaben nicht mehr eingesetzt werden können.

Ein weiteres Beispiel: Das Land hat die Versorgungs- und die Umweltverwaltung verändert und die Zuständigkeit u. a. zu den Kreisverwaltungen bzw. den kreisfreien Städten verlagert. Das Land hat zugesagt, die Kosten für das zu den Kreisen gewechselte Personal zu tragen. Auf den ersten Blick scheint es sich also um eine Regelung ohne finanzielle Auswirkung zu handeln.

Wir sollten aber bedenken, dass der Kreis Steinfurt z. B. bei den Gesundheitsämtern eine Verringerung der Außenstellen umgesetzt hat. Ziel dieser Zentralisierung war die Ausschöpfung von Synergieeffekten und die Reduzierung von personellen und sachlichen Aufwendungen. Gelten diese organisatorischen Erkenntnisse im Umwelt- und Versorgungsbereich nicht mehr? Wer glaubt, dass sich bei der stattfindenden Klimaentwicklung der Personalansatz in der Umweltverwaltung nicht verändern muss? Neben der personellen Entwicklung in diesem Bereich wird es sicher auch materielle Weiterentwicklungen geben müssen. Für diese zukünftigen Anpassungen wird die Kreisverwaltung wohl keine zusätzlichen Landesmittel erhalten und jeder Kreis wird sich über die Umlagefinanzierung bei den Städten und Gemeinden bedienen müssen.

Genauso wird es bei der Versorgungsverwaltung aussehen, weil die demographische Entwicklung zu einem höheren Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft führt. Auch die längere Lebensarbeitszeit wird die Anzahl der Versorgungsempfänger ansteigen lassen..

Nach uns vorliegenden Informationen prüft der Landschaftsverband Westfalen Lippe eine Klage gegen das Land NRW, weil ihm in diesem Zusammenhang Aufgaben übertragen wurden und nach Ansicht des Landschaftsverbandes durch die Regierung in Düsseldorf die erforderlichen finanziellen Mittel zur Aufgabenerfüllung nicht bereitgestellt werden. Auch in diesem Fall müssen die zusätzlichen Kosten von den Gemeinden finanziert werden. Der Landschaftsverband finanziert sich im Wesentlichen durch eine Umlage von seinen Mitgliedern, u. a. den Landkreisen und diese bittet im Umlageverfahren ihre kreisangehörigen Städte und Gemeinden zur Kasse.

Erlauben Sie mir noch ein Beispiel. Der Ausbau von Grundschulen mit Ganztagsbetreuung wurde mit Mitteln des Bundes, gesteuert über das Land, finanziell gefördert. Noch Bevor dieser Prozess abgeschlossen war; verlagerte das Land diese Mittel hin zum Ausbau von weiterführenden Schulen, um auch hier eine Ganztagsbetreuung zu ermöglichen. Die zuvor projektierten baulichen Maßnahmen an Grundschulen blieben somit in der Finanzierung beim jeweiligen Kämmerer vor Ort.

Schon aus Zeitgründen können hier und jetzt nicht alle Projekte, Gesetze und Entscheidungen aus Düsseldorf genannt werden, die sich für die Kommunen finanziell belastend auswirken. Die genannten Beispiele belegen aber wohl hinreichend:

Das Land NRW saniert sich auf Kosten der Kommunen!

Auch beim Kreis Steinfurt gibt es Bestrebungen sich über die Umlagefinanzierung auf Kosten der Städte und Gemeinden zu profilieren. Nur durch den Schulerschluss aller bei uns kommunalpolitisch aktiven Parteien konnten Umlagesätze vermieden werden, die es dem Kreis ermöglicht hätten, entsprechende Rücklagen zu bilden. Eine solche Rücklagenbildung hätte in einigen Städten und Gemeinden durch Kreditaufnahmen finanziert werden müssen.

Hier soll nicht der Eindruck entstehen, dass wir als Rheinenser uns nicht solidarisch an der Finanzierung der Kreisaufgaben beteiligen wollen. Es darf aber keine Entwicklung eintreten, die dazu führt, dass die Stadt Rheine durch die Kreisumlage ein Sparkonto des Kreises oder unmittelbare Aufgaben der kreisangehörigen Gemeinden finanziert, weil z. B. der Kreis Steinfurt sich Kompetenzen im Rahmen des Kreisentwicklungsplanes erschleicht. Nach unserer Auffassung soll der Kreis die Kreisaufgaben organisieren und durchführen und den im Kreisgebiet vorhandenen Städten und Gemeinden ihre eigene Profilbildung in ihren originären Aufgaben nicht beschneiden. Gleichzeitig sichern wir den im Kreis Steinfurt verantwortlichen Akteuren zu, verlässliche Partner bei der Erfüllung nur durch den Kreis zu realisierender Aufgaben zu sein. **Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Stadt Rheine als größte Kommune im Landkreis Steinfurt sich nur positiv entwickeln kann, wenn es der Region gut geht. Dies gilt nach unserer Auffassung jedoch auch umgekehrt.**

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,
neben den Zuweisungen und Pauschalen, die die Stadt Rheine vom Land erhält, hat sich auch die eigene unmittelbare Einnahmensituation verbes-

sert. Insgesamt herrscht in der Rheinenser Wirtschaft eine positive Stimmung. Dabei sollen die Sorgen wegen der Krise der WestLB und der damit verbundenen Verpflichtungen unserer Sparkasse, ebenso wenig verschwiegen werden, wie die scheinbar unabwendbare Problematik im Umfeld der Firma Karmann. Diese dunklen Wolken am Himmel der Stadtentwicklung dürfen jedoch nicht dazu führen, dass alles nur noch pessimistisch bewertet und betrachtet wird. Die SPD glaubt an die Innovation der heimischen Wirtschaft, des Handels und der Dienstleister. Wir vertrauen den ökonomischen, ökologischen und sozialen Kompetenzen der hier in Rheine handelnden Verantwortungsträger.

Beim Ansatz der Einnahmen im Gewerbesteuerbereich wurden durch den Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern 25 Mio. Euro ermittelt. Vor dem Hintergrund der zuvor genannten Risiken erscheint dies zunächst sehr optimistisch zu sein. Obgleich wir von der SPD mit einem zwar verringerten Wachstum als zunächst angenommen ausgehen, dürften die damit zu erwartenden wachstumsbedingten erhöhten Erlöse durch entsprechende Ausfälle u. a. wegen der Unternehmensteuerreform und der Sonderlasten z. B. bei der Sparkasse und der damit verbundenen Gewerbesteuerreduzierung ausgeglichen werden.

Wir haben auch darüber diskutiert, ob die Erlöse durch Grundstücksverkäufe sich im laufenden Jahr nicht günstiger entwickeln werden, als dies für das Jahr 2008 veranschlagt wurde. Wegen der gerade in diesem Segment schwer zu prognostizierenden Verhandlungsergebnisse und Verkaufsabschlüsse akzeptieren wir den von den Fachleuten ermittelten Betrag. Eine unrealistische Einnahmeposition, wie von der Ratsmehrheit für das Haushaltsjahr 2007 bezüglich der Erlöse für die alte Jugendherberge, das VHS-Gebäude, das Strätersche Haus und das Kannegießerhaus beschlossen, schlagen wir nicht vor. Im Verlauf des Haushaltsjahres werden wir aber die eine oder andere positive Einnahme aus Grundstücksverkäufen erwarten dürfen. Mehreinnahmen könnten auch aus den zurzeit diskutierten Veränderungen bei der Rückerstattung von Solidarbeiträgen erfolgen. Diese sollen auf 650 Millionen Euro erhöht werden.

Ob und wofür diese Mehreinnahmen dann zu verwenden sind, wird sich zeigen. Neben den Überlegungen zur Kreditreduzierung könnten auch Handlungsmöglichkeiten zur Realisierung neuer Aufgaben vorhanden sein.

Im Ergebnisplan wurden seit der Einbringung des Haushaltsentwurfes durch die politischen Beteiligten einige erhebliche Veränderungen vorgenommen. In den häufigsten Fällen geschah dies mit einstimmigen Beschlüssen in den Fachausschüssen. Auf diese kommunalen Aufgaben, z. B. beim Klimaschutz, will ich jetzt nicht eingehen, da parteiübergreifend Einigkeit

besteht. Ich möchte für die SPD auf ein paar durch uns eingebrachte Vorschläge eingehen, die leider bislang nicht die Mehrheit in den Gremien gefunden haben.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,
wenn ein Team ein Schiff bauen soll, dann lautet ein guter Rat an die Teamleitung, dass sie ihre Energie nicht auf die Vermittlung der Kunst des Schiffbaus und der Nautik verwenden soll, sondern darin, den Teammitgliedern die Sehnsucht nach der Weite des Meeres zu vermitteln. Überträgt man diese Erkenntnis auf unsere Stadt, dann müssen wir den hier lebenden Menschen die Werte und Chancen verdeutlichen, die eine plurale, freiheitlich demokratische und soziale Gesellschaft bietet. Wie in anderen gesellschaftlichen Aufgabenfeldern gilt es, die örtlichen Handlungsmöglichkeiten für diese gesamtgesellschaftliche Idee zu erkennen und zu nutzen. Für die SPD liegt ein wesentlicher Schlüssel zum Erreichen der genannten Ziele darin, die Bildungsangebote und die daraus -resultierenden Chancen zu verbessern. Dabei gehen wir von lernfähigen und lernwilligen Menschen aus und betonen, dass Bildung mehr ist als die Gesetze der Chemie, der Physik und Mathematik zu kennen und die Grammatik in unterschiedlichen Sprachen zu beherrschen. Wir erkennen auch, dass die Vermittlung von und Anreizschaffung zur Bildung vom Kleinkindsalter, also im Elementarbereich, über die Jugend und der jungen Erwachsenen (einschl. des Hochschulbereiches) bis ins hohe Lebensalter Anspruch und Lustgewinn für alle Beteiligten bietet. Erforderlich ist dabei eigenes Engagement, Fleiß und Zielstrebigkeit, gerade im Kindes- und Jugendalter.

Wir sind der Auffassung, dass mit dem durch einen SPD-Antrag initiierten und zwischenzeitlich verabschiedeten Schulentwicklungsplan die Weiterentwicklung unserer Schullandschaft nicht zur Seite gelegt werden darf. Die in den Schulanmeldezahlen zum Ausdruck gebrachten Erwartungen der Eltern und ihrer Kinder müssen beachtet und soweit wie möglich umgesetzt werden. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung sind wir im Rat der Stadt Rheine aufgefordert, die Zukunft z. B. der Euregio-Schule zu beschreiben. Dazu gehört nach unserer Meinung als erster Schritt der Bau einer entsprechenden Schulsporthalle, die nach unserer Auffassung unmittelbar nach der Planung in die Realisierung gehen muss. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb im Haushalt 2008 eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung für den Bau der Schulsporthalle an der Euregio-Schule.

Bezogen auf die Anmeldezahlen der Euregio-Schule muss auch über die Möglichkeiten der Realisierung des Elternwillens diskutiert und entschieden werden. Die SPD-Fraktion beantragt deshalb:

Die Verwaltung prüft, wie den in der Anzahl zu hohen abschlägigen Bescheiden zu Einschulungsanträgen an der Euregio-Schule abgeholfen wer-

den kann. Im Rahmen dieser Prüfung soll auch beurteilt werden, ob eine Erweiterung der Euregio-Schule durch Anbaumaßnahmen, einem zweiten Standort, z. B. im ehemaligen Gebäude der Volkshochschule oder die Gründung einer zweiten Gesamtschule eine sinnvolle, finanzierbare und nachhaltige Lösung wäre. Das Prüfergebnis wird dem Schulausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zugeleitet, dass eine zeitgerechte Beschlussfassung durch den Rat zum Haushalt 2009 möglich ist.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, sehen wir uns doch in unserer Stadt um. Hier leben Kevin und Franziska, Yusuf und Mehmet, Vitali und Ann-Sophie. Enorme Energie und vielschichtige Potenziale stecken in diesen Personen. Der Tatendrang lässt sich nutzen, für unsere Gesellschaft und zum Wohl der jüngeren und älteren Menschen in unserer Stadt und zur positiven Entwicklung der jeweils betroffenen Person.

Sicherlich steckt nicht in jedem Vitali ein Vitali Klitschko, nicht in jeder Franziska eine Franziska van Almsick, nicht in jedem Yusuf ein Yusuf Yentur (ein 2007 mit dem Bürgerpreis ausgezeichnete Rheinenser) und nicht in jeder Ann-Sophie eine Ann-Sophie Mutter. Auch die Erfolge von Kevin Kurany oder Mehmet Scholl sind nicht durch jeden erzielbar. Aber in den in Rheine lebenden Personen stecken Erwartungen, Hoffnungen und Zuversicht. Sorgen wir dafür, dass sich diese Potenziale positiv entwickeln können.

Nach unserer Meinung hängen diese Entwicklungschancen unmittelbar mit einer Erkenntnis zusammen. Wie sagten die Fünf Frechen Frauen in ihrem Programm aus: Männer muss man LOBEN, LOBEN, LOBEN.

Wir von der SPD sind der Auffassung, dass Lob allen Menschen gut tut, aber insbesondere den heranwachsenden Kindern und Jugendlichen. Lob ist also ein wesentlicher Bestandteil zur Entwicklung von Selbstvertrauen und Zuversicht. Sie bilden die Basis für eine positive und leistungsbereite Persönlichkeitsentwicklung.

Wie kann man einen in Mathematik und / oder im Lesen nicht so begabten Schüler bzw. Schülerin loben? Wegen eines ungenügenden Diktates loben, das geht wohl nicht, ohne dass das Lob als nicht ehrlich gemeint erkannt würde und deshalb in der Wirkung verpuffen würde. Jeder und gerade jeder Jugendliche hat aber ein Talent, in dem er lobenswerte Leistungen für das Team oder ganz individuell erzielen kann. Hier können sowohl sportliche Aktivitäten, als auch künstlerische/musische Begabungen, z. B. in einer Rock-Band besonders hilfreich sein.

Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Bemühungen der Schulen im Rahmen von Schultheateraufführungen, Schulorchestern und Schul-Sportmannschaften. Auch die Jugendarbeit im Bereich des Breiten- und des Wettkampfsportes in den Vereinen und Verbänden, sind unverzichtba-

re Beiträge, dass sich hier in Rheine lebende Menschen anerkannt und beschäftigt fühlen.

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren, die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit im Bereich des größten Trägers der Jugendarbeit in Rheine, nämlich im Sport, liegt uns besonders am Herzen. Auch hier sind unsere Vorstellungen zur intensiveren Förderung der Vereine mit eigenen Sportanlagen im Fachausschuss nicht mehrheitsfähig gewesen. Wie bereits oben kurz angedeutet, gibt es gerade durch sportliche Betätigung vielfältige Möglichkeiten den Menschen positive Erfahrungen (Begriff des positiven Transfers) zu vermitteln, die u. a. das Selbstwertgefühl stärken, die Teamfähigkeit verbessern und das Durchhaltevermögen bei der Zielerreichung trotz zwischenzeitlicher Rückschläge bewirken. Diese die Persönlichkeit formenden Wirkungen beeinflussen auch schulische Leistungen in den klassischen Bereichen des Unterrichtes (Mathematik, naturwissenschaftliche Fächer, Sprachen usw.) sehr positiv.

Auf die gesundheitsfördernden Aspekte zur Erhaltung der Mobilität, der Reduzierung der so genannten Zivilisationserkrankungen und des allgemeinen Wohlbefindens durch sportliche Aktivitäten möchte ich nicht näher eingehen, weil ich sie als Allgemeinwissen ansehe. Sicher ist der Sport auch ein wesentlicher Faktor, um einen gesellschaftlichen Aufstieg für sozial benachteiligte Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Aus diesen und noch vielen anderen Gründen, die jetzt u. a. aus zeitlichen Aspekten nicht alle benannt werden können, werden wir die Sportvereine weiter unterstützen und werben für eine Mehrheit zur Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse. Die SPD beantragt deshalb, den Sportetat so zu erhöhen, dass eine städtische Förderung der Betriebskosten für Vereine mit eigenen Sportanlagen von tatsächlich 35% möglich ist.

Nicht nur der Sport ist in der Persönlichkeitsentwicklung zu selbstbewussten und fairen Menschen ein beachtenswerter Faktor. Unsere Vorstellungen der kulturellen Förderung außerhalb der verwaltungsgesteuerten kulturellen Angebote haben im Fachausschuss keine Mehrheit gefunden. Auch hier werben wir dafür, dass die Arbeitsmöglichkeiten z. B. des Kulturforums sichergestellt bleiben. Wir sehen gerade hier die Chancen, dass sich neue Betätigungen in der musikalischen und sonstigen kulturellen Arbeit - insbesondere für kreative junge Menschen - einstellen werden. Aus diesem Grund beantragt die SPD-Fraktion, dass dem Kulturforum Rheine e. V. für das Jahr 2008 und folgende ein Sach- und Programmmittelzuschuss von 18.000,--Euro gewährt wird.

**Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,
bei allen von mir vorgetragenen Aspekten und den bislang in den Fachausschüssen diskutierten Positionen bleibt als Feststellung eine unerfreuliche Erkenntnis. Die Ausgabensteigerungen im laufenden Haushaltsjahr sind aus unserer Sicht notwendig aber führen zur Feststellung:
Wir werden in 2009 wahrscheinlich keinen ausgeglichenen Haushalt erreichen.**

Können wir als SPD-Fraktion dem durch die Fachausschüsse veränderten Haushaltsplan 2008 zustimmen? Ist der Prozess der Haushaltskonsolidierung abgeschlossen bzw. abgebrochen?

Wir sehen die Änderungsbeschlüsse als Investitionen in die Zukunft der Stadt und wissen, dass sie sich rentieren. Die präventiven Aspekte gerade in der Förderung der Bildung und der Jugendarbeit ersparen uns hohe Kosten in der Zukunft. Der Prozess der Haushaltssanierung dauert länger als wünschenswert und könnte deutlich beschleunigt werden, wenn auch das Land seine Aufgaben bei den Gemeindefinanzen erkennen und entsprechend einer solchen Erkenntnis handeln würde.

**Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren,
die SPD kann, trotz der Feststellung, dass nicht alle unsere Vorstellungen zur Zukunftsgestaltung der Stadt Rheine umgesetzt werden konnten, dem jetzt vorliegenden Haushaltsplan zustimmen. Die von uns in den Ausschüssen und hier im Rat beschriebenen Ziele werden wir weiter beharrlich verfolgen und um entsprechende Mehrheiten werben.**

Den heutigen Beitrag habe ich mit einem Zitat von Elias Canetti eröffnet. Mit einem Zitat möchte ich meinen Beitrag beenden.

Die zukünftige Arbeit hier im Rat, in den Ausschüssen und in der Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung wollen wir unter Berücksichtigung der Aussagen des heiligen Augustinus fortführen. Ich zitiere:

Unruhstifter zurechtweisen, Kleinmütige trösten, sich der Schwachen annehmen, Gegner widerlegen, sich vor Nachstellern hüten, Ungebildete lehren, Träge wachrütteln, Händelsucher zurückhalten, Eingebildete den rechten Platz anweisen, Streitende besänftigen, Armen helfen, Unterdrückte befreien, Gute ermutigen, Böse ertragen und -ach- alle lieben.